



JOURNAL

NACHHALTIGES HANDELN IN KOMMUNEN

3. Quartal 2016

„Es ist nicht immer einfach, die Leute zu bewegen mitzumachen.“

Sagt Karl-Heinz Rehbein, Lüneburgs Nachhaltigkeitsbeauftragter im Interview:

Seite 3

„Es ist ja ein speziell deutsches Phänomen, dass die Verbraucher sehr stark auf den Preis achten.“

Sagt Jenny Teufel vom Öko-Institut. Die Nachhaltigkeitswissenschaftlerin forschte zur Frage: Ist gutes Essen wirklich teuer?

Seite 12

Foto: Svea Pietschmann, Rat für Nachhaltige Entwicklung



Sie kommt immer: Kanzlerin Angela Merkel redet auf dem 16. Kongress ihres Nachhaltigkeitsrates RNE.

INHALT

	Seite
Editorial	2
Nationale N-Strategie	2
Gespräch mit Lüneburgs Nachhaltigkeitsbeauftragten	3
Nachhaltige Beschaffung – Wie geht das?	6
Best Practice Bio-Beschaffung	8
Nachhaltige Küche	10
Interview: Biofood zu teuer?	12
Nachhaltige Kommune	13
Kommunale Suffizienzpolitik	14
Und das soll nachhaltig sein?	15
Service / Impressum	16

Neue nationale Ziele

Die richtige Antwort auf den Brexit und den Separatismus anderer EU-Regierungschefs wäre eine radikale europäische Nachhaltigkeitsstrategie.“ Leider stammt dieser Satz zur EU-Krise nicht von Angela Merkel. Die Chefin ihres Rates für nachhaltige Entwicklung (RNE), Marlehn Thieme, stellte die Forderung auf, als sie die Kanzlerin zum 16. RNE-Kongress Ende Mai begrüßte (und wohl ahnte, wie die Briten abstimmen würden). Die Kanzlerin, elf Jahre im Amt, sprach zum elften Mal vor ihrem Beratergremium und hatte kein europäisches Krisenpapier mitgebracht, sondern den Entwurf zur neuen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Auf ihrer Website war das Papier allerdings erst zu lesen, als sie zu reden begann. Niemand wusste also bis dato, was da drin steht – auch nicht die RNE-Mitglieder. „Nun“, sagte Angela Merkel nichtsdestotrotz, „sind Sie eingeladen, sich dazu mit An-

regungen und Stellungnahmen zu äußern.“ Allerdings nur bis Ende Juli, also bis weit in die Sommerschulferien vieler Bundesländer. Die deutsche N-Strategie als Lektüre am Strand? „Da werden sich viele keine Zeit dafür nehmen können, und möglicherweise wertvolle Hinweise werden uns nicht erreichen“, beklagt die Nachhaltigkeitsbeauftragte der Bundestags-Grünen, Valerie Wilms.

Der 16-köpfige RNE benötigte drei Wochen, um den Entwurf kritisch durchzulesen und zu bewerten. Darin hat die Bundesregierung versucht, ihre Strategie an die neuen UN-Ziele zur nachhaltigen Entwicklung (SDG, s. N-Journal 2.Qu., S.2) anzupassen und die Anzahl der Indikatoren von 38 auf 60 erhöht. Dass damit „die globale Verantwortung weit aus stärker als bisher in die nationalen Ziele eingewoben wird“, finden die RNE-Experten anerkennenswert.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Bundesregierung stellt ihre neue nationale Nachhaltigkeitsstrategie zur Diskussion. Den 249-seitigen Entwurf hatten Merkel & Co wegen kabinetsinterner Kontroversen erst nach der Jahresrede der Bundeskanzlerin beim Rat für nachhaltige Entwicklung auf ihre Homepage gestellt. Während der laufenden Tagung hatten dann die ersten Akteure da reingeschaut, um sich ein Bild davon zu machen, wie die neuen Ziele für Deutschland aussehen werden. Zumindest was nicht drinsteht, hatte die UN-Jugenddelegierte für nachhaltige Entwicklung, Jasmin Burgermeister, schnell bemerkt: „Junge Beteiligung“ finde im Entwurf überhaupt nicht statt, kritisierte sie bereits wenige Stunden nach Merckels Auftritt. Dabei stünden junge Menschen „absolut hinter dem Prinzip der Nachhaltigkeit“, sagte sie. Aber sie würden „einfach nicht als Querschnittsthema betrachtet“.



Tim Bartels,
Chefredakteur

Deutlich wird dieser Missstand auch durch die 80 jungen Stadt- und Gemeindevertreter im Alter zwischen 21 und 31. Sie waren 2015 auf Einladung des Nachhaltigkeitsrates zusammengekommen, um über kommunale Nachhaltigkeitspolitik zu diskutieren. Am Ende standen zehn Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung (siehe N-Journal 2. Qu., S.3+4): etwa die Einrichtung einer nationalen Nachhaltigkeitsplattform, die Förderung eines Nachhaltigkeitsmanagers, die Aufnahme der Suffizienz als Nachhaltigkeitsthema, die Verbesserung des Dialogs zwischen Verwaltung und Politik, die Aufnahme des intermodalen Verkehrs in die Nachhaltigkeitsstrategie. Viele der „jungen“ Ratschläge seien mit geringem Aufwand umzusetzen, sagte Braunschweigs Klimaschutzmanager Matthias Hots. Und? Wurde der Ruf der Jungen erhört? Liest man den Strategieentwurf der Bundesregierung, eher nein. Insofern ist das Impulspapier der kommunalen Akteure auch als Kommentar und erste Stellungnahme zu lesen. In der Hoffnung, dass das bei der weiteren Ausgestaltung und endgültigen Fassung Ende dieses Jahres berücksichtigt wird. Nachhaltige Lektüre wünscht Ihnen **Ihr Tim Bartels**

Fortsetzung von Seite 1

Internationale Indikatoren

Beispielsweise will man die Zahl der Menschen ermitteln, die „durch deutsche Unterstützung neu Zugang zu Trinkwasser- und Sanitärversorgung erhalten“. Erwogen werden zudem Indikatoren zum Anteil der Weltbevölkerung, deren zentrale Lebensrisiken abgesichert sind und Sozialschutz genießen. Den deutschen Beitrag zur Entwicklungshilfe „haben wir von 0,36 auf immerhin 0,52 Prozent gesteigert“, hob Merkel hervor. Allerdings, räumte sie ein, flossen die Ausgaben für Flüchtlinge da mit rein. Das 0,7-Prozent-Ziel bis 2020 wurde nicht angetastet. Diesen Indikator zur Entwicklungshilfe zu ändern, hält der RNE für dringend geboten, da das Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit jeher nur wenig aussagefähig sei. „Ein ergänzender Indikator für Wohlstand ist notwendig“, sagen die Nachhaltigkeitsexperten. Wo nur von Ausgaben die Rede sei wie bei der Entwicklungshilfe, wo nur abstrakte Größen wie das BIP gemessen würden, könne der Einstieg in die nachhaltige Wirtschaft nicht gelingen.

Der Kritik zufolge sollten auch die „Fluchtbewegungen, die neben Krieg, Despotismus und dem Fehlen von Rechtsstaatlichkeit letztlich auch das dramatische Gefälle an Wohlstand und Lebensqualität nachzeichnen“, Thema einer N-Strategie sein. Man müsse daher auch in die nachhaltige Wirtschaft im Ausland investieren, fordert der RNE. Ein weiterer neuer Indikator der Regierung zur Förderung friedlicher Gesellschaften soll die „Projekte zur Sicherung, Registrierung und Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen durch Deutschland“ messen. Also nachträglich einsammeln, hieße das. Wäre es da nicht ratsamer, gleich den Export der Schießseisen zu beschränken? Aber da sind vermutlich Heckler & Koch & Co vor.

Gemischte nationale Bilanz

„Über den meisten der 38 Indikatoren hängen noch dunkle Wolken“, bilanzierte die Obfrau im parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, Valerie Wilms, zum Fortschrittsbericht 2012. Das meinte: Es läuft zwar in Zielrichtung, aber zu langsam. Und das gilt auch vier Jahre später noch: etwa bei der Senkung des Flächenfraßes (derzeit 69 ha pro Tag; Ziel 2020: 30 ha) oder der Steigerung des Ökolandbaus (derzeit 6,2 Prozent; Ziel: 20 Prozent ohne Zeitvorgabe). Oder es geht eklatant in die falsche Richtung, wie bei der Artenvielfalt (69 Punkte; Ziel 2015 wie 1975: 100 Punkte), der Staatsverschuldung, dem Güterverkehr und dessen Anteil auf dem Wasserweg, dem Anteil fettleibiger Menschen sowie bei der Gleichberechtigung zwischen



Angela Merkel in Mitten ihrer Nachhaltigkeitsberater Günter Bachmann und Olaf Tschimpke.

Mann und Frau. Auch im Klimaschutz wird das 40-Prozent-CO₂-Reduktionsziel 2020 nicht zu erreichen sein (2015: 27,2 Prozent gegenüber 1990). „Ich sage einmal: Nach der deutschen Wiedervereinigung hat sich das gut entwickelt, aber jede weitere Tonne CO₂, die in einem weiteren Entwicklungsschritt anfällt, ist immer schwieriger zu vermeiden“, kommentierte die Bundeskanzlerin ihr Ziel.

Ziele für 2030 müssen her

Dass Merkel & Co auch Ziele für das Jahr 2030 stecken müssen, halten die Kanzlerberater für unerlässlich, damit „das Ambitionsniveau deutlich wird“. Die vielen neuen Indikatoren benötigten dabei „unterschiedliche Arten von Zielen“. Zum einen quantitative wie das 30-ha-Ziel, dass auf 20 ha bis 2030 fortgeschrieben werden sollte und somit „die Grundlage legt für eine Netto-Null-Bilanz der Flächennutzung, die von den SDGs gefordert wird“. Zum anderen empfiehlt der RNE Tendenz-Ziele im Sinne von „stetige Veränderung in die richtige Richtung“. Viel Stoff also noch für Diskussionen. Zuvor muss aber auch gelesen werden. Nach der Veröffentlichung des 2012-Berichts monierte RNE-Generalsekretär Günter Bachmann den enormen Umfang von 379 Seiten. Da sei keine massenhafte Leserschaft zu erwarten, sagte er damals. Der neue Entwurf zählt „nur“ 249 Seiten. Wie kommen die bloß in die Köpfe der Leute? „Nur wenn die Presse darüber berichtet“, meinte die UN-Jugenddelegierte für nachhaltige Entwicklung, Jasmin Burgermeister, auf der RNE-Tagung. Ihre Schlussbotschaft adressierte sie dann allerdings an den Nachhaltigkeitsrat. In den RNE müssten viel mehr junge Leute rein, empfahl die 21-Jährige. „Keiner dort ist unter 40!“ (tb)

► www.bundesregierung.de/Content/DE/StatistischeSeiten/Breg/Nachhaltigkeit/0-Buehne/2016-05-31-download-nachhaltigkeitsstrategie-entwurf.pdf

► Stellungnahmen unterm Stichwort „Fortschrittsbericht 2016“ an nachhaltigkeitsdialog@bpa.bund.de

„Zu lesen gibt's bei uns wenig, anzuschauen aber ganz viel“

Ein gutes, nachhaltiges Leben in Lüneburg – was die Bürger der Hansestadt darunter verstehen, wollte DialogN wissen, ein Projekt, das streng Bottom-up gedacht war und bis 2013 lief. Irgendwann geht jedes Projekt zu Ende. „Dann ist Schluss“, sagt Karl-Heinz Rehbein. Wenn man dauerhafte Strukturen schaffen wolle, müsse man das anders angehen, sagt Lüneburgs Nachhaltigkeitsbeauftragter.



Foto: Tim Bartels

Dr. Karl-Heinz Rehbein, Jahrgang 1954, ist gelernter Bauingenieur, war Ratsherr der Hansestadt Lüneburg und hat im Rathaus von 2007 bis 2012 den Fachbereich Straßen- und Grünplanung, Ingenieurbau geleitet. Als Ergebnis eines Projektes, das die Stadt zusammen mit der Leuphana Universität durchgeführt hat, kam im Jahr 2012 der Vorschlag der Verwaltung, eine Koordinierungsstelle für nachhaltige Entwicklung einzurichten.

Nachhaltigkeitsbeauftragter in Lüneburg

► Hansestadt Lüneburg
Am Ochsenmarkt 1, 21335 Lüneburg
Fon 04131/309-3473
karl-heinz.rehbein@stadt.lueenburg.de
www.hansestadtlueenburg.de/Nachhaltigkeit

Herr Dr. Rehbein, Sie sind der Nachhaltigkeitsbeauftragte Ihrer Stadt. Was bedeutet das? Wie lautet Ihr Auftrag?

Es gibt zwei Bezeichnungen für mich, manche sagen Nachhaltigkeitsbeauftragter, andere aber Koordinierungsstelle Nachhaltigkeit. Es ist eine Koordinierungsstelle für nachhaltige Entwicklung. Bei mir landet alles auf dem Tisch, was in Sachen Nachhaltigkeit von der Stadtverwaltung aus läuft. Dann heißt es: Mach das Beste draus!

Sind Sie Nachhaltigkeitsbeauftragter nur in Anführungsstrichen und haben eigentlich ein ganz anderes Amt?

Nein, über mir steht der Oberbürgermeister Ulrich Mäde und der Dezernent Markus Moßmann. Unser Dezernat 3 umfasst Nachhaltigkeit, Umwelt, ÖPNV, Verkehr, Rechtsamt, Ordnung, Stiftungsangelegenheiten und Bürgeramt. Einiges davon wird in Stabsstellen bearbeitet. Eine davon bekleide ich.

Ihre Stelle ist also unter dem OB angesiedelt.

Ja, mein Chef ist Herr Moßmann, der eben auch Dezernent für Nachhaltigkeit ist. Die Wege sind hier ohnehin nicht weit, die Kontakte aber auch nicht täglich.

Kann man Sie als Nachhaltigkeitssprecher bezeichnen?

Fakt ist: Meine Stabsstelle ist in die Hierarchie eingebunden. Ich bin Beamter und arbeite weisungsgebunden. Ich bin nicht der Datenschutzbeauftragte, der nebenher als Wächter installiert ist und sagen kann: So geht das nicht, ich erhebe meine Stimme.

Sind Sie ein Fädenzieher, der nach außen wie innen wirkt, auch ämterübergreifend?

Nach innen wäre man natürlich froh, wenn man das könnte. Nicht jeder ist an dem Thema Nachhaltigkeit gleichermaßen interessiert. Das ist in jeder Verwaltung so. Meine Aufgabe ist die Koordination innerhalb der Verwaltung, also zu fragen: Wen brauche ich? Aber ich diene auch nach außen als Ansprechpartner für die Zivilgesellschaft – vor allem für die Universität, mit der wir ganz eng zusammenarbeiten.

An der man Nachhaltigkeit studieren kann.

Ja, die haben eine große Fakultät für Nachhaltigkeitswissenschaften. Charakteristisch ist, dass die Universität nicht Spitzenforschung betreibt, sondern sich gegenüber der Lebenswirklichkeit, also auch für die Stadt öffnen will. Und dafür braucht es einen Ansprechpartner in der Verwaltung. So ist meine Stelle zustande gekommen.

An Lüneburgs Universität gibt es ein „Centre for Sustainability Management“, also Forschung und Lehre im unternehmerischen Nachhaltigkeitsmanagement.

Ja, und mehr noch, die Leuphana bietet auch Masterstudiengänge für Berufstätige an, die sich im Nachhaltigkeitsmanagement fortbilden wollen und auch einen Abschluss erwerben können.



Foto: Hansestadt Lüneburg

Früher Kaserne, jetzt Uni mit Alleinstellungsmerkmal: Hier kann man Nachhaltigkeit studieren.

Was mir hier gleich aufgefallen ist: Es wird viel nach Hamburg gependelt.

Die Hamburger sprechen immer vom Speckgürtel und sind verärgert, dass so viele außerhalb des eigentlichen Stadtgebietes wohnen. Ich habe das auch lange gemacht. Lüneburg ist Teil der Metropolregion Hamburg. Es gibt ein starkes Bewusstsein hier in Lüneburg für die Bedeutung Hamburgs als Arbeitgeber. Deshalb pendeln viele nach Hamburg. Aber deswegen verstehen wir uns hier nicht als Schlafstadt. Lüneburg war mal Garnisonsstadt, die zweitgrößte in Deutschland. Als ich zur Schule gegangen bin, haben hier Soldaten das Bild geprägt. Wir haben die Kurve gekriegt. Nun ist in der Scharnhorstkaserne die Universität untergebracht, entstanden in einem Konversionsprojekt. Die Kaserne ist während der Nazizeit am Stadtrand gebaut worden und wir sind heilfro, dass wir diese Wende geschafft haben, von der Garnisons- zur Universitätsstadt. Es ist ja auch keine große, sondern nur eine mittelgroße Uni in einer Stadt mit rund 75 000 Einwohnern, Zentrum in Nordostniedersachsen. Es ist enorm wichtig, dass wir unsere Kräfte bündeln.

Als ich das erste Mal hier war, sagte mir Ihre Kollegin, dass Sie hier alle Einzelkämpfer seien, und deshalb die eine Hand manchmal nicht wüsste, was die andere macht.

Da meinte sie die Stabsstellen, die alle ihre spezielle Aufgabe haben und sich deshalb nur schwer gegenseitig vertreten können. Aus dieser Position ist es nicht einfach, die Leute zu bewegen mitzumachen. Wenn unsere Universität zum Thema Jugendpartizipation einen kompetenten Ansprechpartner braucht, dann versuche ich dafür zu werben, dass der hier im Haus dafür zuständige Kollege mitmacht. Mehr kann ich nicht tun. Ich kann ihm ja nicht sagen, jetzt die Verwaltungsarbeit hinzulegen und am Projekt mitzuwirken. Das muss man mit Fingerspitzengefühl eintüten und schauen, wen man dafür gewinnen kann.

Sie müssen also überzeugen können.

Wir haben uns mal für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis beworben. So was kann man nur im Team erarbeiten. Doch als wir die Unterstützung brauchten, sagte der eine: Oh ja, ich mache mit! Aber das man nicht jeden dafür gewinnen kann, ist normal.

Woran arbeiten Sie gerade? Sind Sie ständig bestrebt, die Ziele der Stadt zu erreichen?

Hat Lüneburg Nachhaltigkeitsziele?

Es gibt zwar keinen Ratsbeschluss für eine Nachhaltigkeitsstrategie. Aber unsere Stadt hat eigentlich immer darum gekämpft, den Konzern Stadt beisammen zu halten. Nur mal ein Beispiel: Wir haben ein Theater in Lüneburg. Das wird im Wesentlichen getragen vom Landkreis und von der Stadt, teilweise auch von den Umlandgemeinden. Das ist ein großartiges Theater. Ich war jetzt mit der Familie in dem Musical „Anatevka“. Es war toll, und man nimmt sich vor, da öfter hinzugehen. Aber die Stadt hätte das Theater auch schon öfter dicht machen können, angesichts der Finanzsituation. Wir hätten auch unsere Bäder schließen können oder unser Klinikum verkaufen, wie Hamburg das gemacht hat. Die Lüneburger haben sich aber gesagt: Nein, wir halten das im Konzern Stadt. Wir haben sogar noch das ehemalige Landeskrankenhaus dazu gekauft und eine schlagkräftige Gesundheitseinrichtung draus gemacht – und erhalten uns so den kommunalpolitischen Einfluss auf diese Institution. Das war uns immer wichtiger als eine Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln, mit der es dann womöglich nichts mehr zu steuern gibt. Also besser den Konzern zusammenhalten. Diese Denke hat das Handeln hier in Lüneburg geprägt.

Also im Sinne von: Was soll man viel Papier produzieren, als einfach gleich zu machen?

Ja, was ist das denn sonst, wenn nicht nachhaltig, zu versuchen, den Konzern Stadt zu-

sammenzuhalten und ihn so zu strukturieren, dass er wirklich zukunftsfähig aufgestellt ist? Und die Art, wie wir Gesundheitswesen machen in Lüneburg, wie wir ein Theater haben wollen, das bestimmen wir durch unsere Kommunalpolitik. Das hat die Stadt geprägt.

Hat die Stadt sich manches gar wieder zurückgeholt? Die Entsorgung, den Abfall?

Die GfA ist eine gemeinschaftliche Organisation von Landkreis und Stadt, fifty-fifty. Das einzige, was wir wirklich jemals dicht gemacht haben, ist die Stadtgärtnerei, weil wir da gemerkt haben: Der Blumenstrauß kostet uns 200 Euro, das hat keinen Zweck. Aber sonst: Wir haben noch die Lüneburger Wohnungsbau, die ist zu 92 Prozent stadt-eigen. Dadurch, dass wir das zusammengehalten haben, können wir in unserem Sinne steuern. Eine Beteiligungsrichtlinie bei uns fordert die einzelnen Unternehmen auf, Nachhaltigkeitsaspekte in ihrem wirtschaftlichen Handeln zu berücksichtigen. Natürlich müssen die schwarze Zahlen schreiben, natürlich muss das sein. Wenn eine Kommune sich hinstellt und sagt: Wir haben so tolle Berichte, wir haben so tolle Strategien! Wenn man die fragt: Habt ihr eure Krankenhäuser noch? Habt ihr euer Theater noch, was ist mit den Bädern? Was habt ihr damit gemacht? Die zu behalten, ist nämlich auch eine Strategie. Und die läuft bei uns sehr erfolgreich.

„Was ist das denn sonst, wenn nicht nachhaltig, zu versuchen, den Konzern Stadt zusammen zu halten?“

In dem Leuphana-Forschungsprojekt „Nachhaltige Kommunalverwaltung“ waren Sie Praxispartner mit der Stadt Freiburg. Dort gehört das Uniklinikum dem Land. Um es von der Installation eines energieeffizienten Blockheizkraftwerkes zu überzeugen, bedurfte es erst mal eines Regierungswechsels. Von solcherart Schwierigkeiten berichtete Freiburgs Nachhaltigkeitsmanagerin Simone Pflaum und musste daher erst mal lernen, wie sie sagte, dass in Lüneburg das Krankenhaus der Stadt gehört. Ja, da staunte sie. Und wenn man uns fragt: Was habt ihr denn an Berichten und an Strategien? Dann kann ich nur sagen: Zum Lesen hab ich für euch nur ganz, ganz wenig. Aber guckt euch mal um, was wir alles gemacht haben, wo andere Kommunen sagten: Wir geben es auf. Während wir sagten: Das halten wir. Dazu zählt auch, dass wir heute eine Universität haben in Lüneburg. Wir haben junge Leute in der Stadt, wir haben Kaufkraft in der Stadt, wir haben attraktive Studiengänge.

Wer ist denn an der Leuphana beteiligt?

Die Uni ist unabhängig. Aber die Stadt hat natürlich maßgeblich mit dafür gesorgt, diesen Konversionsprozess zu schaffen. Es war ja absehbar, dass sich Bundeswehr und damit auch Bundeswehrstandorte verändern. Deshalb fragten wir uns: Wie schaffen wir den Wechsel? Was bringt uns nach vorne? Wir haben ja seit einigen Jahren die doppische Haushaltsführung. Insofern haben wir auch so etwas wie eine Konzernbilanz, in der wir die ganzen städtischen Beteiligungen mit drinhaben. Die Freiburger haben das ja erst kürzlich gemacht.

Die Freiburger sind wohl eher Vorreiter damit, die Doppik mit ihren Nachhaltigkeitszielen verknüpft zu haben. „Doppische Nachhaltigkeitssteuerung“ nennen die das.

Ich habe sehr bewundert, wie die Freiburger das Projekt „Nachhaltige Kommunalverwaltung“ aktuell genutzt haben. Die haben Kennziffern eingebaut, so dass man jetzt am Haushalt ablesen kann, inwieweit der eine nachhaltige Entwicklung abbildet. Das Kennziffernsystem ist hier bei uns nicht das große Thema gewesen bei der Einführung der Doppik. Es ist auch eine ziemlich komplizierte Geschichte. Die Freiburger haben das für ihren Nachhaltigkeitsbericht genutzt. Das ist bemerkenswert, dass sie jetzt jeden neuen Baustein da systematisch einfügen können. Wir hier in Lüneburg pflegen da eher so einen hemdsärmeligen Pragmatismus.

Wenn Frau Pflaum staunt wegen unseres städtischen Klinikums, dann mag das auch der Größe der Stadt Freiburg geschuldet sein. Wir haben kein Uniklinikum, man kann hier nicht Medizin studieren. Aber wir haben unsere eigenen Gesundheitseinrichtungen, und wir haben den Daumen da drauf.

Ich war damals Ratsherr in der Zeit, als das Land seine Landeskrankenhäuser verkaufen wollte. Es war ja nicht sicher, ob wir den Zuschlag bekommen würden. Und es war auch nicht ohne Risiko. Unser Kämmerer damals, der Rolf Sauer, ist mit rausgegangen und da Geschäftsführer geworden. Es hat funktioniert. Lüneburg hat Ende des 19. Jahrhunderts sein Ratssilber verkauft. Das ist heute in Berlin ausgestellt. Alle ärgern sich, wie konnten die nur damals. Das sitzt den Lüneburgern noch im Frack, dass es eine Zeit der Stadtgeschichte gegeben hat, als man das Tafelsilber verkaufen musste. Buchstäblich. Und sich nicht anders zu helfen gewusst hat. Das läuft im Moment Gott sei Dank anders. Das ist, wenn Sie den unseren Oberbürgermeister interviewen würden, die ökonomische Seite der Nachhaltigkeit: Wenn man den kommunalpolitischen Einfluss unbedingt erhalten will und steuern kann im Sinne der Arbeitsbedingungen und der Qualität der Gesundheitsversorgung. In Hamburg können die das nicht mehr.

Ihr Oberbürgermeister wird zitiert mit dem Satz, nachhaltiges Verwaltungshandeln sei ihm ein persönliches Anliegen. Meint er das damit, eben überall den kommunalpolitischen Einfluss bewahrt zu haben?

Ja, das ist das Hauptaugenmerk: Die Einflussnahme auf wichtige Einrichtungen in der Region nicht verlieren zu wollen.

Was haben Sie für sich aus dem Projekt „Nachhaltige Verwaltung“ gezogen?

Es ging dabei ja um Nachhaltigkeitssteuerung. Also wollten wir beim kommunalen Energiemanagement ansetzen. Jetzt haben wir eine Energiemanagerin eingestellt, wir haben energetische Quartierskonzepte angeschoben, wir haben eine Quartiersmanagerin eingestellt, wir haben unsere städtischen Gebäude systematisch untersucht, es geht in Richtung Energiebericht.

Demnach kontrolliert Ihre Energiemanagerin jetzt alle öffentlichen Gebäude, wieviel und welche Energie dort verbraucht wird?

Ja, genau. Es werden Verbräuche dargestellt. Das ist ein Prozess, der dauert auch ein bisschen länger. Die Erkenntnis aus dem Projekt war, dass man nicht für jede Stadt einen bestimmten Weg vorschreiben kann, sondern jede Stadt den allein finden muss. Nun gibt es einen Leitfaden, mit dem man das machen kann. Ob dieser Prozess hier in Lüneburg nun aber immer so nach dem Leitfaden beschritten wird, ist eine andere Geschichte. Aber ich glaube, dass solche Projekte schon Spuren hinterlassen in der Verwaltung, einfach Spuren, die zeigen, dass wir auf einem bestimmten Weg sind, und wenn wir das nicht gemacht hätten, ja, wer weiß, dann wäre vielleicht auch nicht soviel passiert.

Sind Sie nicht der Meinung, dass Sie Ziele brauchen, damit man nicht so vor sich hinwurschtelt? Wie sehen Sie das?

Ja, eine Nachhaltigkeitsstrategie wäre vielleicht wünschenswert, notwendig ist sie nicht. So wie die Natur da draußen ihren Lauf hat, hat auch das Verwaltungsjahr seinen Lauf. Es ist daher immer so: In der ersten Hälfte werden die Projekte angeschoben. Anfang August steht das nächste Jahr vor der Tür: der Haushalt 2017. Dann werden Programme geschmiedet, was können wir uns leisten, was sollen wir machen? Kurz vor Weihnachten wird dann der Haushalt verabschiedet. Da steht dann drin, was die Stadt im nächsten Jahr machen will. Oder in den Folgejahren. Und dann geht das wieder von vorne los.

Also auch ein Hauen und Stechen der Abteilungen, wer welche Fleischtöpfe bekommt?

Nein, da ist ja der Oberbürgermeister vor. Er weiß schon, was er will. Ja klar, es wäre



Foto: Tim Bartels

Karl-Heinz Rehbein am Arbeitsplatz: „Bei mir landet alles auf dem Tisch, was in Sachen Nachhaltigkeit von der Stadtverwaltung aus läuft. Dann heißt es: Mach das Beste draus!“

toll, wenn wir uns in allen Bereichen langfristige Ziele in allen Bereichen setzen würden, aber die Zeit ist viel zu schnelllebig, bis die Pläne von heute fertig geplant und beschlossen sind, hat sich die Ausgangssituation oft schon wieder grundlegend geändert. Das beste Beispiel ist die Flüchtlingssituation. Ich glaube nicht, dass man Nachhaltigkeitsberichterstattung, jedenfalls nicht in Kommunen, vorrangig für die Steuerung einsetzen sollte. Wir machen das nicht.

Müssen Sie das nicht mal zusammenschreiben, wo Sie da stehen? Und auch öffentlich machen? Dass der Lüneburger weiß, wie die Stadt in Sachen Nachhaltigkeit dasteht?

Ein Nachhaltigkeitsranking halte ich nicht für erstrebenswert. Vor kurzem gab es bei uns einen Gremiumsbeschluss für einen Energieverwendungsbericht. Man sollte aber den Aufwand, der dahinter steht, nicht unterschätzen. Das kann man nämlich nicht unbedingt hier alles am Schreibtisch. Als einzelner Nachhaltigkeitsbeauftragter. Da braucht man externe Unterstützung. Das kostet Geld, das kostet Zeit. Diese Berichtswesen, das ist ...

Ich dachte immer, das Wichtigste der Verwaltung ist ihr Berichtswesen?

Herr Bartels, es kommt doch auch darauf an, was derjenige, der den Bericht bekommt, damit macht. Wenn er tatsächlich verwendet wird als Steuerungsinstrument, etwa für die Investitionstätigkeit der Stadt, dann ja. Das ist unsere Erfahrung mit der Doppik: Dass die Kommunalpolitik nach wie vor lieber darüber redet, was wir denn im nächsten Jahr machen wollen. Also wo wollen wir das Geld hingeben? Das ist wesentlich überschaubarer, diese Steuerung über den Haushalt.

Aber wo stehen Sie denn da, Herr Nachhaltigkeitsbeauftragter? Mit dieser komplizierten Aufgabe, das anzuschieben?

Irgendwo mittendrin in diesem ganzen Geschehen. Ich bin aber keine Kontrollinstanz.

Ich stell mir Ihren Job so vor wie den eines Dramaturgen am Theater, er sitzt in der letzten Reihe, kann was sagen, kann was verbessern wollen, muss aber nicht, kann auch den Mund halten.

Da gibt es natürlich Grenzen. Eine Verwaltung ist hierarchisch aufgebaut, das ist nun mal so. An der Spitze steht ein direkt gewählter Oberbürgermeister. Und der darf und muss auch sagen, wo es langgeht. Er kann dann auch erwarten, dass seine Mitarbeiter ihm loyal folgen. In der Öffentlichkeit herumzukrähen, wir müssten alles ganz anders machen, ist bestimmt nicht die Rolle, die man hier in der Verwaltung hat.

Gibt es ein aktuelles Projekt, das Sie mit angestoßen haben?

Ja, wir machen beim Bundeswettbewerb „Zukunftsstadt 2030+“ mitgemacht mit, um mal ein Beispiel zu nennen. Für das Projekt konnten wir die Leuphana-Erstsemester gewinnen. An unserer Uni ist das erste Semester nämlich fächerübergreifend. Es ist im vergangenen Wintersemester gelaufen, mit einer großartigen Beteiligung: 25 Projektseminare, 250 Praxispartner aus der Stadtgesellschaft und 750 Studierende hatten die Aufgabe, Zukunftsbilder zu entwickeln, zu bestimmten Themen. Wir haben dabei eine Menge Leute von der Stadt einbinden können, und zwar auch solche, für die es nicht der Normalfall ist, auf eine Universität zu treffen. Das hat natürlich Spaß gemacht, wenn diese beiden Welten mal aufeinandertreffen und ein bisschen näher zusammenrücken. Wir bewerben uns gerade für die zweite Projektphase.

► www2.leuphana.de/zukunftsstadt2030/das-projekt/

INTERVIEW: TIM BARTELS